

**Beschluss des Landesvorstands der FDP Hamburg
vom 30. Januar 2023 (einstimmig)**

Gesamtstaatliche Resilienz erhöhen

Um gesamtstaatliche Resilienz zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie zwischen allen notwendigen Ministerien, Behörden und Hilfsorganisationen zum funktionsfähigen verteidigungspolitischen Instrument und zum Maßstab für innen- und außenpolitisches Handeln zu machen, fordern wir:

1. Das jüngst etablierte Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz unter dem BMI soll im Rahmen nachfolgender Kriterien weiterentwickelt werden:
 - Es soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, deren Teilnehmer die beteiligten Ministerien und Behörden (u.a. Bundeskanzleramt, AA, BMI, BBK, THW, Bundespolizei, BMVg, Nachrichtendienste und weitere noch zu benennende Beteiligte) sein sollen, die sich auf Unterabteilungsleiterenebene, fest institutionalisiert und regelmäßig einmal pro Monat treffen und eine ständige Berichtspflicht gegenüber ihren Ministerien – und möglicherweise einem zu etablierenden Nationalen Sicherheitsrat – haben. Die dort abzustimmenden Themen umfassen sieben Kernbereiche, um staatliche „Vitalfunktionen“ zu erhalten (sog. *baseline requirements* der NATO Force Structure, mehr Details s.u.). Die gespiegelten Verantwortlichen aus den Ländern und Kommunen sollten gleichberechtigt unter der Regie des jeweiligen Bundeslandes mit eingebunden werden
 - Das Einsetzen dieser Arbeitsgruppe soll so schnell wie möglich, spätestens aber zum Sommer 2023 erfolgt sein.
 - Diese föderale Aufteilung und Struktur von Resilienz – zum Beispiel liegt die Katastrophenhilfe in der Länderverantwortung, während der Bund für den Zivilschutz (Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 GG) zuständig ist – sollte im Hinblick auf eine effektive gesamtstaatliche Resilienz mit schneller, effektiver Handlungsfähigkeit überprüft werden und gegebenenfalls durch eine gemeinsam von

Ländern und Bund erarbeitete Rechtslage (Gesetze und Verordnungen) rechtlich abgesichert werden.

2. Unterhalb dieser AG „Gesamtstaatliche Resilienz“ ist eine **Operative Ebene „Gesamtstaatliche Resilienz“** mit Vertretern vom territorialen Führungskommando der Bundeswehr, dem BKK, der Polizei, THW und weiteren zu benennenden Beteiligten zu etablieren, um konkrete Handlungsfelder, Personalbedarf, logistische und infrastrukturelle Anforderungen auszuplanen und zu detaillieren. Die Operative Ebene verbindet alle relevanten Akteure und ist für die Versorgungssicherheit und den Schutz kritischer Infrastruktur verantwortlich.

Einführung **regelmäßiger Übungen** in Vorbereitung auf den Ernstfall analog zur Übung „Total Defence 2020“ in Finnland und in Übereinstimmung mit dem European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats, das sowohl von der EU und NATO unterstützt wird.